

Appell Adenauers an Moskau

Abrüstung ist vordringlich – Pariser Konferenz beendet

Paris (Eigenmeldung/AP/DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat zum Abschluß der Pariser Konferenz eindringlich an die Sowjetregierung appelliert, einer allgemeinen Abrüstung zuzustimmen. „Es ist der feste Wille aller Partner, die Abrüstung gemäß den von der UN beschlossenen Grundsätzen voranzutreiben. Ich möchte an die Sowjetunion das erste Wort richten, sich dies zu überlegen“, sagte Dr. Adenauer wörtlich vor über hundert Journalisten.

Wenige Stunden vorher war die viertägige Konferenz der 15 NATO-Staaten zu Ende gegangen, deren Ergebnis in den Worten „Rüsten und gleichzeitig verhandeln“ zusammengefaßt werden kann. Einstimmig wurde im Grundsatz beschlossen, zur Sicherung gegen die sowjetische Gefahr die NATO mit Mittelstreckenraketen auszurüsten und Atomwaffenlager anzulegen, gleichzeitig aber die Abrüstungsfrage voranzutreiben und zu versuchen, das Verhältnis zu Moskau zu entspannen.

Adenauer bezeichnete die Konferenz als einen „uneingeschränkten Erfolg“. In ähnlichem Sinne äußerte sich Präsident Eisenhower. Er sagte, die Entscheidungen der 15 Regierungschefs würden den Krieg weniger wahrscheinlich und den Frieden sicherer machen. Man habe in voller Offenheit, Freundschaft und im Geiste der Zusammenarbeit beraten und die Einheit der NATO gestärkt.

Als die Hauptergebnisse der Konferenz nannte Dr. Adenauer:

1. Die NATO ist jetzt auch eine politische Gemeinschaft.

2. Sie befaßt sich in Zukunft auch mit wirtschaftlichen Fragen der Mitgliedsstaaten und mit Problemen der unterentwickelten Länder.

3. Die Paktstaaten sind fest entschlossen, den Abrüstungsgedanken unter allen Umständen weiter zu verfolgen.

4. Die Konferenz bekräftigte, daß ein Angriff auf einen Paktstaat ein Angriff gegen sämtliche NATO-Länder bedeutet.

5. Eine umfassende Integration der Streitkräfte wurde geplant.

6. In der Frage der Raketenstützpunkte und Atomwaffen wurden den politischen Instanzen der einzelnen Länder das

entscheidende Wort zugestanden.

Der Kanzler appellierte in diesem Zusammenhang eindringlich an alle Länder, diese Frage nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu entscheiden. „Wir müssen uns alle darin einig sein, daß die freie Welt in großer Gefahr schwebt. Es geht um Kopf und Kragen. Die Einigkeit der NATO muß sich auf die Parteien der einzelnen Länder ausdehnen.“

Skeptisch äußerte sich der Bundeskanzler über den Sinn der von Polen geforderten atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Nach seiner Meinung könne eine solche Zone nicht sehr viel zu einer Entspannung beitragen; man müsse bedenken, daß durch die Entwicklung der Raketen eine völlig veränderte Situation entstanden sei, durch die sich die Dinge kompliziert hätten.

Auf derselben Pressekonferenz versicherte Bundesaußenminister von Brentano, daß in der Frage der Lieferung von Mittelstreckenraketen nichts übereilt werde. Die NATO-Staaten würden aber auch keine Politik der Verzögerung zulassen, durch die die westliche Verteidigungskraft geschwächt werde.

Die deutsche Frage ist nach Mitteilung Brentanos auf Anregung von Eisenhower und Dulles „mit großer Eindringlichkeit“ behandelt worden. Man habe die Solidarität mit dem deutschen Volke und mit Berlin bekräftigt. „Wir sind davon tiefst beeindruckt und sehr dankbar.“

Zum Abschluß der Konferenz wurde ein umfangreiches Kommuniqué veröffentlicht, in dessen Präambel die Grundsätze der Atlantischen Gemeinschaft aufgezeichnet werden. Kern-

stück des Schlußdokuments ist der Abschnitt über die Abrüstungsfrage, in der Sowjetrußland eine Außenministerkonferenz zur Überwindung des toten Punktes angeboten wird. Die Regierungen erklären sich bereit, Vorschläge für eine allgemeine oder teilweise Abrüstung zu prüfen, die ein Überkommen ermöglichen. Die Regierungen halten jedoch daran fest, daß eine Abrüstung nur unter angemessener Kontrolle vor sich gehen kann, was die Sowjetunion bisher verweigerte.

Die Regierungen bekräftigten die rein defensiven Ziele der NATO und forderten die Sowjetunion auf, ihre Genfer Verpflichtung zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf Grund freier Wahlen und im Interesse des deutschen Volkes und der europäischen Sicherheit einzulösen. Als Beweis für die Weigerung der Sowjetunion, internationale Fragen zu regeln, wird auch die Fortdauer der Isolierung Berlins als der erklärten Hauptstadt Deutschlands angeführt.

Die Regierungen stimmten zu, daß in Europa Lager von Atomsprenköpfen angelegt und den NATO-Streitkräften Mittelstreckenraketen zur Verfügung gestellt werden. Die Entscheidung über die Orte, an denen die Lager und die Raketenstützpunkte errichtet werden, fällt erst später. Die einzelnen Regierungen können die Annahme solcher Basen jedoch verweigern.

Weitere wesentliche Beschlüsse sind die Verbesserung der politischen Konsultation im Ständigen NATO-Rat, die Ernennung eines wissenschaftlichen Beraters für den Generalsekretär der NATO und die Berufung eines wissenschaftlichen und technischen Ausschusses bei der NATO. Die Versicherung, daß eine Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung und eine größere Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses notwendig ist, unterstreicht die große Bedeutung, die angesichts der Entwicklung in der Sowjetunion dieser Frage beigemessen wird.

Ende eines Irrweges

DT. „Es gibt politische Talente, die charakterlich an einem gewissen Punkte vollkommen versagen.“ Dieser Satz stammt von Otto Nuschke, dem verstorbenen Vorsitzenden der sowjetzonalen CDU und stellvertretenden Ministerpräsidenten der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“. Nuschke schrieb diesen Satz über seinen Freund Dertinger nach dessen Verhaftung im Januar 1953. Wenige Wochen zuvor hatte Nuschke ihn noch im Parteiorgan „Neue Zeit“ überschwänglich gelobt, was Nuschke nicht hinderte, sich dann sehr entschlossen zu distanzieren und dabei das eingangs zitierte Urteil abzugeben.

Dieses Urteil gilt auch für Nuschke selber. Er war ein politisches und journalistisches Talent. Sowohl als Journalist wie als politischer Funktionär nahm er schon vor dem ersten Weltkrieg bedeutsame Stellen ein. In der Weimarer Zeit gehörte er zunächst der Nationalversammlung, dann dem Preussischen Landtag an. Nach 1933 hatte er es nicht leicht; er schlug sich recht und schlecht durch. Den Nationalsozialisten hatte er einige Male offen und hart seine Meinung gesagt. 1945, schon über sechzig Jahre alt, war er sofort bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Union in Berlin dabei. Nichts gibt es an diesem Lebensweg bis zu diesem Zeitpunkt, was politisch zu tadeln wäre; nichts auch, was das Recht gäbe, den Charakter des Politikers Nuschke zu bemängeln.

Aber dann kam ein „gewisser Punkt“. Vor zehn Jahren, im Dezember 1947, verlangten die Sowjets von den bürgerlichen Parteien der Sowjetzone Teilnahme an dem ersten Volkskongreß. Der Kongreß war der Beginn der offenen „volksdemokratischen“ Entwicklung, der erste staatsrechtliche Schritt zum kommunistischen Zonenstaat. Die Christlich-Demokratische Union der Sowjetzone und Berlins unter dem Vorsitz von Jakob Kaiser und Ernst

Lemmer lehnte ab und zwang damit die Sowjets, politische Gewalt anzuwenden. Damals, an diesem Punkt der deutschen Nachkriegsentwicklung, kam es wieder einmal darauf an, nein zu sagen. Und damals war es Otto Nuschke, der — zusammen mit Dertinger — vollkommen versagte. War er zu alt, war er zu ehrgeizig, hatte er Angst um seinen kleinen Hof vor dem Stadtrand Berlins? Was alles mitdspielte, wird wohl nie ganz klarwerden. Jedenfalls, Nuschke war das einzige direkt gewählte Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, das vor dem sowjetischen Willen kapitulizierte. „Wenn es die Besatzungsmacht so will, was soll man da tun“, faßte er seine Stellungnahme zusammen.

Er wurde belohnt, wie willfähige Helfer belohnt zu werden pflegen. Die Sowjets ließen ihn zum Vorsitzenden der gleichgeschalteten Zonen-CDU machen, nach der Gründung der „DDR“ auch zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und zum Leiter des sowjetzonalen Kirchenamtes. Bei solcher Entwicklung eines ursprünglich einwandfreien Politikers wird natürlich eine Erklärung gesucht; beliebt ist dann die Entschuldigung, er habe mitgemacht, weil er Schlimmeres verhüten wollte. Aber so einfach geht es mit Otto Nuschke nicht. Er wußte und mußte wissen — schließlich stand ihm die politische Erfahrung eines Lebens zur Verfügung —, daß es damals eine Grenze gab, die der Politiker nicht überschreiten durfte, wenn sein Charakterbild nicht Schaden nehmen sollte. Er hat sie damals überschritten, und es ist nicht bei dem einen Mal geblieben. Bald darauf hat er sich zur Einheitslistenwahl hergegeben — gegen die er einige Zeit davor noch protestiert hatte. Und dann hat er die ganze kommunistische Umformung Mitteldeutschlands mitgemacht, verteidigt, sogar begrüßt, bis in diese Tage der Kirchenverfolgung. Er hätte die Möglichkeit gehabt, offen gegen diese Entwicklung aufzutreten oder sich von ihr offen zu lösen. Aber er hatte entweder nicht den Willen oder nicht mehr die Kraft. Nur in Einzelfällen — für einzelne Häftlinge, bei einzelnen Übergriffen — hat er noch gelegentlich etwas Aner-

kennungswertes getan; das soll nicht verschwiegen sein.

Für das Zonenregime wirft Nuschkes Tod einige Fragen auf. Nicht gewichtige Fragen; denn Nuschke war seit langem keine wirkliche politische Potenz mehr, aber lästige Fragen. Nuschke hatte als ehemals bürgerlicher Politiker eine gewisse Geltung für nichtkommunistische Bereiche. Die von ihm repräsentierte gleichgeschaltete Zonen-CDU war für das Regime gut brauchbar als gleichgestimmter „christlicher“ Resonanzboden für kommunistische Parolen und Handlungen in der Zone. Der Nachfolger fehlt für diese Funktionen. Denn wer jetzt noch in der Führung der Zonen-CDU ist, hat nicht einmal früher einen guten Namen gehabt, wenn er überhaupt etwas bedeutet.

Hoffnungen

DT. Im neuen Jahr stellen wir uns wieder die Frage nach der deutschen Wiedervereinigung. Jeder hat seine eigenen Gesichte, jeder seine eigenen Erwartungen. Die kühle Vernunft, die bittere politische Erfahrung haben für manchen das einst so klar und selbstverständlich erscheinende Bild von morgen umflort, und andere wiederum hat ganz das menschliche elementare Ereignis erfüllt, das eine politische, weiterhin unablässig angestrebte Entwicklung haben müßte.

Wir erkennen, daß dieses Verlangen nach der Zusammengehörigkeit der durch Politik gewaltsam Getrennten einfach mehr und mehr zum Problem der Menschlichkeit überhaupt geworden ist. Das macht seine Schwäche und seine Stärke im politischen Kräfte-Messen unserer Tage aus. Seine Schwäche, weil menschliche Angelegenheiten nicht auf bestimmte real erkenn- und umgrenzbare Zeiten zugeschnitten sind, seine Stärke aber, weil sie keine noch so harte Real-Politik aus der Welt schaffen kann. Das Problem Freiheit und Wiedervereinigung ist also anders als das Problem Europa, das so erstaunlich wenig in die Herzen

(Fortsetzung auf Seite 6)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenauflage Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

263 000 Menschen verließen die Zone

Bilanz des Jahres 1957 — Flüchtlingsstrom blieb konstant

Bonn (Eigenbericht). Im Jahre 1957 sind wiederum rund 263 000 Menschen aus der Zone und Ostberlin in die Bundesrepublik geflüchtet und haben um politisches Asyl gebeten. Auch im Monat Dezember hat der Flüchtlingsstrom kaum nachgelassen. Wie in den vergangenen Monaten kamen im Dezember rund 20 000 Menschen in den Westen, also etwa die Bevölkerung einer ganzen Stadt.

Neben den Flüchtlingen hat die Bundesrepublik in diesem Jahre 116 000 Aussiedler aus den deutschen Ostgebieten jenseits der Oder und Neiße sowie aus anderen östlichen Ländern aufgenommen. Damit fanden fast 400 000 Menschen eine neue Heimat im Bundesgebiet.

Visa-Regelung mit Einschränkung

Berlin (AP). Die neuen Visa-Bestimmungen der Sowjetzonenregierung für amerikanische, britische und französische Diplomaten betreffen nicht solche Beamte, die den Militärmissionen der drei Westmächte in Westberlin angehören. Dies erklärte ein hoher Beamter der sowjetischen Botschaft in Ostberlin auf Anfrage. Von der Neuregelung würden lediglich Diplomaten und andere Zivilisten betroffen, die nicht den Militärmissionen angehören. Angehörige der Militärmissionen könnten auch in Zukunft ebenso wie bisher zwischen Westdeutschland und Berlin auf der Autobahn mit in russischer

Berlin protestiert gegen „Paßgesetz“

Ostmagistrat beschließt Übernahme — „Plakatiertes Unrecht“

Berlin (Eigenbericht). Gegen das sowjetzonale „Paßgesetz“ haben Abgeordnetenhaus und Senat von Berlin mit Erklärungen des Parlamentspräsidenten Landsberg und des Regierenden Bürgermeisters Brandt im Namen der Bevölkerung protestiert. Beide Sprecher begrüßten den Beschluß des „Kuratoriums Untellbares Deutschland“, die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen auf dieses „Paßgesetz“ hinzuweisen, das nichts anderes als ein „plakatiertes Unrecht“ darstelle.

Zu dem Beschluß des Ostberliner Magistrats, das „Paßgesetz“ auch „für Groß-Berlin“ zu übernehmen und zu einem in diesem Zusammenhang veröffentlichten kommunistischen Zeitungskommentar, nach dem sich „die bestehenden Vereinbarungen über den innerstädtischen Verkehr nicht ändern“, äußerte sich Brandt zurückhaltend. Es bleibe abzuwarten, ob diese Ankündigung den Tatsachen entspreche.

DT. Auch die Bewohner Ostberlins sollen also durch die Übernahme des sowjetzonalen Paßgesetzes in ihrer Freizügigkeit empfindlich eingeschränkt werden. Zwar hat der stellvertretende Ostberliner Oberbürgermeister erläuternd erklärt, daß der normale Personenverkehr zwischen den beiden Teilen der Stadt sowie von und nach Berlin nicht geändert worden ist, aber eine durch diese neueste „Gesetzgebung“ wieder verstärkte Unsicherheit ist damit keineswegs beseitigt: sie ist vielmehr in die Stadt selbst hineingetragen worden. Daß die vom Ostmagistrat übernommene Neuregelung nicht zur Überwindung der Teilung Berlins und nicht zur Verbindung der deutschen Menschen untereinander beiträgt, wird auch Pankow kaum bestreiten können. Die Erklärung über den normal fortzusetzenden Verkehr zwischen den Sektoren läßt aber immerhin den Schluß zu, daß sich die SED-Machthaber des Viermächtestatus Berlins bewußt sind, auch wenn sie sich dieses Bewußtsein von den Sowjets beibringen lassen müßten. In der Tat würde jede weitere Verletzung des Viermächtestatus — und eine Behinderung des innerberliner Verkehrs könnte nur als eklatanter Fall angesehen werden! — die ostwestliche Atmosphäre vergiften, um die man sich gerade jetzt erneut bemüht. Es ist nicht einzusehen, warum sich Moskau durch törichte Maßnahmen Pankows ins schlechte Licht setzen lassen sollte.

Sprache ausgestellten „Travel Orders“ durch die Zone reisen.

Das Sowjetzonen-Außenministerium hatte am Wochenende den Konsulaten der drei Westmächte in Westberlin mitgeteilt, daß vom 1. Januar an die Diplomaten der drei Alliierten Einreise- oder Transitvisa für die Sowjetzone bei den zuständigen Behörden der „DDR“ beantragen müssen. Bisher hatten die Diplomaten solche Visa von sowjetischen Stellen erhalten.

Von den neuen Bestimmungen werden vermutlich in erster Linie solche Diplomaten betroffen, die bisher durch die Zone reisten, um auf ihre Posten nach Moskau oder Warschau zu gelangen. Da die drei alliierten Mächte die Sowjetzone nicht anerkannt haben und auch nicht die Neigung besteht, durch Visa-Anträge an das Pankower Außenministerium eine Art de-facto-Anerkennung herbeizuführen, werden diese Diplomaten in Zukunft deshalb wahrscheinlich bei Reisen nach Polen oder in die Sowjetunion die Zone meiden und über Skandinavien fliegen.

Heuss: Zurück zur Geheimdiplomatie

„Siegermächte aus Rechtsverpflichtung nicht entlassen“

Bonn (AP/DPA). Bundespräsident Heuss hat in seiner Neujahrsansprache erneut hervorgehoben, daß die Siegerstaaten aus ihren wechselseitigen Rechtsverpflichtungen zur Wiedervereinigung nicht entlassen werden dürfen. Er sprach sich ferner für eine grundsätzliche Stiländerung der internationalen Politik und für eine Rückkehr zu einer „klugen Geheimdiplomatie“ aus.

Zur Wiedervereinigung sagte der Bundespräsident wörtlich: „Die volkspolitische Aufgabe bleibt uns selber unmittelbar gestellt. Deshalb unser Grimm, daß die Regierung in Pankow die seelische und persönliche Verbindung über die widersinnige Grenze wieder erschwert, daß sie die Kirchen in der Vertretung eines überzeitlichen Auftrages quält, deshalb unser Gruß an die Deutschen, die in der Sowjetzone und in den angrenzenden Bezirken an ihrem Heimatboden festhalten, deshalb unsere Hoffnung, daß mit einem günstigen Weitergang der Besprechungen in Moskau menschliche Empfindung nicht in kleinlich wirkender Formaljuristik gedrosselt wird.“

Der Bundespräsident kritisierte die gegenwärtige internationale Politik mit ihren „fast improvisierten Kongressen mit Scheinwerfern, Lautsprechern und Pressekonferenzen“ und bezeichnete sich als Anhänger der Geheimdiplomatie, auch wenn er deshalb „altmodisch“ genannt werde. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die Beendigung der Berliner Blockade nur durch eine kluge Geheimdiplomatie möglich gewesen sei.

Ideologie als Religionsersatz

Grundsätzlich befürwortete der Bundespräsident den Vorrang der politischen vor den

militärischen Mitteln bei der Lösung internationaler Streitfragen. Das Wort von Clausewitz, daß „der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist“, sei in seinem inneren Sinn „zerborsten“. „Der Krieg wird durch die ihm heute innewohnende Vernichtungsmacht geradezu als Bankrotterklärung der Politik erscheinen müssen“, sagte Heuss. Niemand habe die „zuverlässig wirksame Arznei für die Gesundheit dieser Zeit und dieser Welt in der Hand“. Man müsse sich aber nüchtern aus den Fesseln von Schlagworten und Ideologien lösen. Das sei eine „unbehagliche Zumutung für die, denen die Ideologie etwas wie missionarischer Religionsersatz oder wissenschaftliches Dogma“ sei.

In einem Rückblick auf die innenpolitischen Ereignisse des abgelaufenen Jahres hob der Bundespräsident den Ausgang der Bundestagswahlen hervor. Er bedauerte, daß vor allem im Ausland die symptomatische Deutung der Wahlen, die Abgabe an rechtsradikale Gruppenbildungen, in ihrer Bedeutung nicht genügend gewertet worden sei und daß sich „ausländische Politiker und Publizisten ... nicht von ihren verstaubten Klischeevorstellungen über die Deutschen trennen“.

Abschließend gedachte der Bundespräsident des verstorbenen Berliner Bürgermeisters Suhr, des verstorbenen Bot-

schafters Karl Georg Pfeleiderer und der Toten des Segelschiffes „Pamir“. Mit der Erinnerung an die „Pamir“ verband der Bundespräsident den Dank für die bei der Katastrophe gezeigte Hilfsbereitschaft vieler Nationen. „Daß solches mit unmittelbarer Menschlichkeit und Selbstverständlichkeit geschehen konnte und geschah, möge uns als Kraft und Symbol in das neue Jahr begleiten“, schloß Heuss.

Vor zehn Jahren

DT. Zehn Jahre ist es her, daß die sowjetische Besatzungsmacht ihre Befehlsgewalt einsetzte, um eine demokratische Partei der legalen Führung zu berauben. Am 20. Dezember 1947 bekam Jakob Kaiser als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union der sowjetischen Besatzungszone und Berlins die Anweisung, sein Amt nicht mehr auszuüben. Mit ihm wurden auch die anderen Mitglieder des Hauptvorstandes getroffen, die sich gegen den ersten „Volkskongreß“ und andere kommunistische Pläne und Handlungen entschieden hatten. Ernst Lemmer, der heutige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Heinrich Krone, der heutige Vorsitzende der CDU/CSU - Bundestagsfraktion, der verstorbene Bundesminister Robert Tillmanns, der Berliner Bundestagsabgeordnete Dr. Gradl und manche andere gehörten zu dem Kreis, den damals der sowjetische Bann traf. Mit der Räumung des Parteihauses im Januar 1948 und dem Austritt des Landesverbandes Berlin aus der gleichgeschalteten Zonenführung fand die erste Phase dieser totalitären Vergewaltigung ihren einstweiligen Abschluß.

Die Vorgänge erregten damals in der ganzen Welt Aufsehen. Sie waren der Beginn jener sowjetischen Aktion, die in der Blockade Berlins ihren Höhepunkt hatte und den politischen Weg nach Westdeutschland öffnen sollte. Dieser Versuch der Sowjets ist gescheitert. Aber erst wenn Moskau einsehen wird, daß der damals begonnene und noch immer eingehaltene Weg falsch ist, wird im Herzen Europas wirklicher Friede möglich sein.

Evangelische Wochenzeitung verboten

Pankow nahm Anstoß an „Warnung vor Mißbrauch der Macht“

Berlin (epd). Das Sowjetzonen-Presseamt hat den Vertrieb einer Dezemberrummer der evangelischen Wochenzeitung „Die Kirche“ wegen der darin enthaltenen „Warnung vor dem Mißbrauch der Macht des Menschen im technischen Zeitalter“ untersagt. In der Warnung, die von der Synode

der EKU während ihrer Tagung in Berlin-Weißensee verabschiedet worden war, wird der Gebrauch aller Massenvernichtungswaffen verworfen und vor dem atomaren Wettrüsten der Weltmächte, „insbesondere auch vor einer atomaren Bewaffnung deutscher Armeen“, gewarnt.

Hausfrauen blicken in ihr Einkaufsnetz

Tagebuchaufzeichnungen über Stimmungen und Ereignisse in Mitteldeutschland

AB. Berlin (Eigenbericht).

Hart im Raume stoßen sich in diesen Tagen die menschlichen und politischen Tatsachen in der Sowjetzone. Selten treten die Gegensätze so kraß in Erscheinung.

BAUTZEN

Die politischen Gefangenen, unter ihnen der ehemalige Oberschüler Hermann Joseph Flade, durften im Weihnachtsmonat einen einzigen Brief DIN A 4 mit 20 Zeilen an ihre Angehörigen schreiben. Die Briefe tragen den Stempel: „Im Dezember ein Bild genehmigt. — Um unnötige Anfragen zu vermeiden, wird mitgeteilt, daß Weihnachtspakete nicht geschickt werden dürfen.“ In einem dieser Briefe, die in diesen Tagen Westberlin erreichten, heißt es: „Bei dieser sibirischen Kälte haben wir in unseren Holzbaracken nicht mehr als zehn Grad. Wir brauchen wärmere Sachen in dieser Jahreszeit.“

Spendensammlungen für Vietnam. Die jungen Pioniere der Stadt Bautzen haben 12 000 Pakete für Kinder kommunistischer Eltern nach Vietnam geschickt mit Spielzeug und Wollsachen, mit Kleidern und Schuhen. Die Studentengruppe Bautzen von der Dresdener Hochschule schickte Pakete an die sogenannten „Patrioten, die von der Adenauerjustiz eingekerkert sind“, in die Bundesrepublik. Etwa eine Viertelstunde von der Haftanstalt Bautzen, in der noch Hunderte von politischen Häftlingen sind, ziehen Tausende durch die hell erleuchtete Reichenstraße, die im Weihnachtsschmuck und im Festesglanz erstrahlt.

SCHWERIN

Zehntausende haben in den letzten Wochen den Weihnachtsmarkt auf dem engen Marktplatz in Schwerin besucht. Lärmende Geräusche, bunte, schillernde Farben, ein Wirbel von vielen geschäftigen Menschen. Vor dem Bezirksgericht Schwerin wurde der Prozeß gegen Propst Maercker durchgeführt. Der mecklenburgischen Landeskirche wurde von den zuständigen Staatsfunktionären versichert, daß die Teilnahme an der Jugendweihe nach wie

vor freiwillig sei und daß kein Zwang zum Austritt aus der Kirche ausgeübt würde. In Schwerin erhielten fünf Jugendliche, die sich um Lehrstellen bei staatlichen Unternehmen, volkseigenen Betrieben und Handelsorganisationen beworben hatten, eine Ablehnung. Alle fünf Jugendlichen hatten nicht an der Jugendweihe teilgenommen.

BRANDENBURG

Teure Weihnachtsgeschenke: Wir müssen tagelang suchen, bis wir das richtige Weihnachtsgeschenk haben. Gute Sachen sind einzweidrei ausverkauft. Besonders großes Gedränge herrscht immer im HO-Kaufhaus am Rathaus. Ein guter Herrschuh kostet noch immer 130 bis 150 Ostmark. In Westberlin zahlt man dafür 30 Mark. In den HO-Lebensmittelläden kostet ein Pfund Gänse- oder Entenfleisch 5 Mark, 1 Pfund Apfelsinen (soweit vorhanden) 2 Mark, 1 Pfund Zitronen 2,50 Mark, 1 Pfund Margarine 4 Mark, eine 100-Gramm-Tafel Schokolade 5 bis 8 Mark, 100 Gramm Kaffee 8 Mark, 100 Gramm Rosinen 1 Mark und 50 Pfennig. Viele Arbeiter müssen in die BIWA-Läden gehen, das sind Spezialläden für billige Waren, in denen Konsumgüter zweiter und dritter Wahl zu niedrigen Preisen angeboten werden.

Aber auch die BIWA-Läden haben keine Reißzwecken, keine Nägel, keinen Fensterkitt, keinen Zwirn und keine ordentlichen Briefumschläge in guter Auswahl.

Überfüllt sind die kirchlichen Veranstaltungen in der schönen St.-Katharinen-Kirche. Als der berühmte Thomanerchor ein Gastspiel gab, standen die Menschen Kopf an Kopf bis zur Pforte. Um den Kirchplatz leuchten die Weihnachtsbäume, der festliche Schmuck der Straßen strahlt weithin, bis zu den hohen Wachtürmen des Zuchthauses Brandenburg, in dem über 1000 politische Häftlinge sitzen.

LEIPZIG

Kürzlich meldete das HO-Kaufhaus „Republik“ in Leip-

zig eine 25prozentige Umsatzsteigerung in einer fünfstündigen Verkaufszeit. Wettbewerbe selbst im Weihnachtsgeschäft! Die HO-Betriebe Leipzigs verpflichteten sich, ihren Umsatzplan gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent zu überbieten.

Im Dunkeln. Kurz vor Geschäftsschluß kam es zu Stromabschaltungen. Schuld daran hat laut Berichten der „Leipziger Volkszeitung“ die Bevölkerung, die dem „Wattfraß“ nicht zu Leibe rückt. „Die Bevölkerung würde in den Spitzenbelastungszeiten die Heizöfen nicht ausschalten“, heißt es. Der Kreisenergiebeauftragte richtet an die Bevölkerung der Messestadt den dringenden Appell: „Jeder Messestädter hat den Schalthebel selbst in der Hand.“

Das Braunkohlenrevier Borna bei Leipzig kämpft um die Planerfüllung. Der Frosteinbruch hat die Braunkohlen-Produktion nahezu vollständig zum Erliegen gebracht. Die Abraumbetriebe haben den Jahresplan nur zur Hälfte erfüllen können, z. B. Pirkau 49,2 Prozent, Zechau 52,1 Prozent und Großzossen 48,7 Prozent.

Hauptthema: Umsatzplan, Planerfüllung und Exportplan. Die Hausfrau blickt aber nicht auf den Plan, sondern in ihr Einkaufsnetz. Als auf einem Einwohnerforum eine Hausfrau aus Leipzig erklärte, sie würde nichts von Planökonomie verstehen, aber sie würde mit offenen Augen durch die Läden gehen und sehen, daß das Angebot sehr unzureichend ist, erhielt sie vom geschulten SED-Funktionär die Antwort, sie würde die „richtigen Perspektiven“ noch nicht erkennen können. Das seien alles Übergangserscheinungen auf dem Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus ...

Am Schluß der Einwohnerversammlung in der Stadthalle wurden Spenden für die Freiheitskämpfer in Algerien und Vietnam gesammelt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2,

Sowjet-Erfolge nicht überschätzen!

Moskau (AP/DPA). Beide Häuser des sowjetischen Parlaments haben den Staatshaushalt für das Jahr 1958 und den Plan zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft einstimmig gebilligt. Der Staatshaushalt sieht, wie gemeldet, Einnahmen in Höhe von 641,9 Milliarden Rubel und Ausgaben in Höhe von 626,7 Milliarden Rubel vor, wobei besonderes Gewicht auf den Ausbau der Schwerindustrie und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung gelegt wird.

Bei der Erörterung des Etats begrüßte der Präsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Nesmejanow, die vorgeschene stärkere finanzielle

Unterstützung der Wissenschaft. Er warnte davor, trotz Sputniks und interkontinentaler Raketen den Stand der sowjetischen Wissenschaft zu überschätzen und erklärte, es herrsche ein Mißverhältnis zwischen den Zuwendungen für wissenschaftliche Ausrüstungen und den Ausgaben für die Ausbildung von Wissenschaftlern und Technikern. Während für die Ausbildung sehr viel getan werde, sei die Industrie infolge zu geringer Zuwendungen nicht fähig, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. So sei beispielsweise ein von der deutschen Firma Siemens entwickeltes Elektronen-Mikroskop viel besser als gewisse Sowjetzeugnisse auf dem Gebiet.

Hoffnungen

Fortsetzung von Seite 2

der Zeitgenossen gedungen ist. Wäre die Einigung Europas wirklich ein menschliches Verlangen der beteiligten Völker, dann müßten wir wohl an der Jahreswende einen Überschwang der Gefühle erleben. Der Beginn des Gemeinsamen Marktes und der gemeinsamen europäischen Atom-Gemeinschaft, der dieses sonst so dunkel verhangene Jahr eröffnet, ist für die meisten Mitlebenden nicht mehr als ein wirtschaftspolitisches Datum. Das Mißvergnügen an Europa, das zu den trübsten Zeichen unserer Zeit gehört, steht dabei im klaren Gegensatz zu den wirklich greifbaren Entwicklungen, die die Einigungsbewegung Europas durchgemacht hat.

*

Gewiß, es hat in den ersten Jahren nach dem Kriege, mindestens im total zerschlagenen und ausgehöhlten Deutschland, eine Art Begeisterung für ein die nationalen Grenzen überwindendes einiges Europa gegeben. Diese Europa-Begeisterung ist aber längst erloschen. Man glaubte, Europa im Sturm erobern, gründen und festigen zu können. Zunächst versuchte man es politisch mit hochfliegenden Plänen einer europäischen Staatengemeinschaft, gleich der, die heute die Vereinigten Staaten von Amerika zu einem föderalen Einheitsstaat zusammengeschlossen

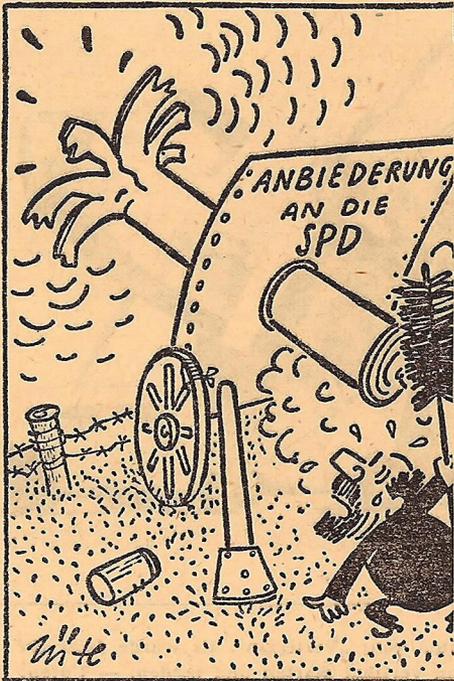
hat. Das alte Europa mit seinen nationalen Landschaften und Werten mußte sich diesem kühnen Konstruktionsversuch versagen. Mit der wirtschaftlichen Montanunion von Kohle und Stahl wurde dann, zunächst auf den Raum der sechs Staaten: Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg beschränkt, eine erste, sehr reale europäische Gemeinschaft geschaffen, die inzwischen schon fünf Jahre existiert. Über die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft, die EVG, wurde aus Gründen der Sicherheit, die den ganzen europäischen Kontinent betrafen, das verwagene Experiment gemacht, die nationalen Heere aufzulösen und in eine integrierte europäische Armee einzugliedern. Als dieses bisher wohl weittragendste Projekt der europäischen Einigung im Jahre 1954 scheiterte, schien der Europa-Idee beinahe der Todesstoß versetzt.

Europa vegetierte um so mehr, als die nationalen Staaten in Europa nun immer mehr wieder ihre eigenen nationalen Angelegenheiten nicht nur mit-, sondern gegeneinander auszuhandeln und auszuspielen begannen. Aber in diesen vier Jahren seit der schwarzen europäischen Stunde haben sich die Unermüdlichen unter den europäisch denkenden Politikern darangemacht, ein neues, sehr nüchternes europäisches Gemeinschaftsgebäude vorzuberei-

ten und zu errichten. Heute heißt es Gemeinsamer Markt, und es verheißt in zwölf bis fünfzehn Jahren einen europäischen geeinten freien Raum in unendlich viel weiterem und größerem Umfange als dem, in dem einst Friedrich List mit seiner Aufhebung der Binnenzölle in den deutschen Staaten praktisch Deutschland geschaffen hatte. Freilich, die europäische Völkereinheit von morgen, die heute ihren Anfang nimmt, braucht noch mancherlei, um Europa als Einheit zur Wirklichkeit zu machen. Sie braucht die Währungseinheit und, auf ihr aufgebaut, die politische Souveränität für Europa. Aber es ist kein Zweifel, daß der Hebel, der jetzt durch die redliche Vereinbarung zwischen den sechs Staaten der europäischen Gemeinschaft in Gang gesetzt wurde, wirklich zum ersten Male die nationalen Grenzen zwischen den Kernstaaten in der Mitte Europas aufzulösen beginnt.

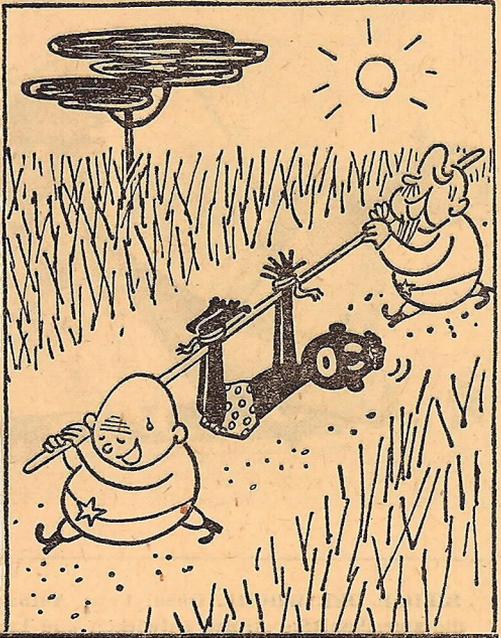
*

Das ist kein Anlaß, die verlorene Begeisterung für Europa nun wieder mit neuem Elan aufzufüllen. Aber es ist Grund genug, zu erkennen, daß die sachliche Vernunft der europäischen Staaten dabei ist, einen jahrhundertalten Traum mit den sachlichen Mitteln der modernen Zeit in die Wirklichkeit umzusetzen. Das Europa, das hier wirklich entsteht, braucht freilich noch viel Zeit; denn es kann durch keinen Geburtsakt entstehen, den menschlicher Wille und menschliche Gefühle bestimmen. Die Politik der Europäer erobert sich hier zäh, gegen tausend Widerstände, ein Feld, das wir alle gemeinsam bestellen müssen. In Europa kann es keinen Tag X geben, wie wir ihn politisch und menschlich unablässig auf unserem eigenen deutschen Lande erarbeiten müssen. Die europäische Entwicklung verlangt, Station um Station, harte Mühen und nüchternes Denken. Wir sind darin tatsächlich in den letzten zwölf Jahren weitergekommen. In unserer deutschen Frage aber brauchen wir keine Programme, wirtschaftliche und soziale Unionen, sondern wir brauchen die menschliche Einsicht derer, die uns das Zusammenleben und Zusammensein verwehren.



Rohrkrepierer ...

Sowjetangebot in Afrika



„Heia, heia Safari!“

Gesamtdeutsche Fußballmeisterschaft?

Gespräche unterbrochen, aber nicht ohne Chancen

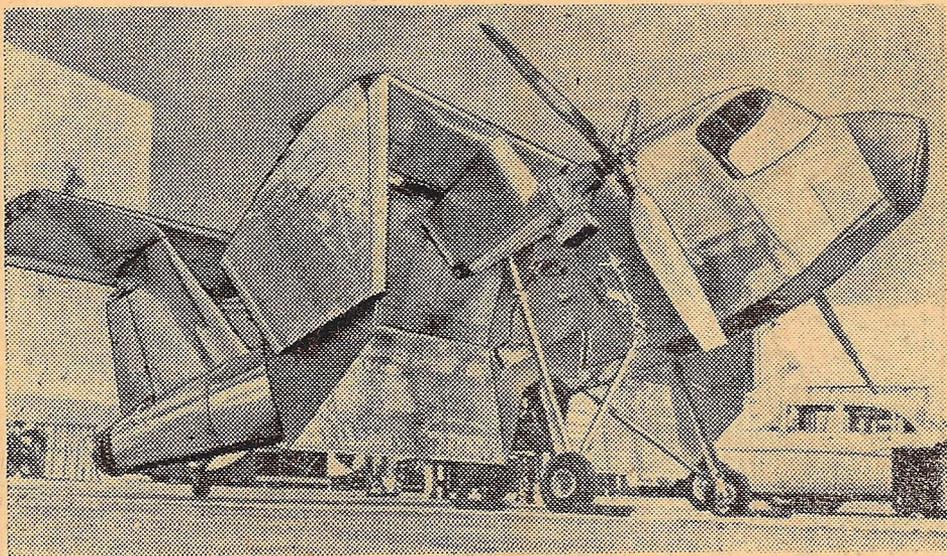
Berlin (Eigenbericht). Seit einigen Wochen wird zwischen den Fußballverbänden der Bundesrepublik und der Sowjetzone über die Veranstaltung einer gesamtdeutschen Fußballmeisterschaft verhandelt. Bisher haben die Besprechungen noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Aber es ist immerhin möglich geblieben, daß vielleicht schon 1958 der Kampf um die Meisterschaft von Deutschland zwischen zwei Spielvereinen aus West und Ost stattfindet. Das Endspiel um die Deutsche Fußballmeisterschaft soll nach einem westdeutschen Vorschlag unter Umständen im Berliner Olympia-Stadion ausgetragen werden, wobei man daran denkt, je die Hälfte der Karten in West- und Ostberlin verkaufen zu lassen.

Der Deutsche Fußball-Bund der Bundesrepublik hat dem sowjetzonalen Fußballbund in den Verhandlungen vorgeschlagen, die gesamtdeutsche Meisterschaft in Form von Gruppenspielen auszutragen. Daran sollten sich vier Vereine aus der Sowjetzone, einer aus Berlin je drei aus Nord-, West- und Süddeutschland und zwei aus dem Südwesten beteiligen.

Dieser Vorschlag ist vom sowjetzonalen Fußballbund abgelehnt worden. Er hat den Gegenvorschlag gemacht, der westdeutsche Fußballmeister sollte gegen den Meister der Zone antreten, und zwischen diesen beiden Vereinen sollte die Meisterschaft ausgemacht werden. Auf diesen Vorschlag einzugehen, fühlte sich wiederum der westdeutsche Fußballbund nicht legitimiert. So sind die Verhand-

lungen zunächst unterbrochen worden.

Es besteht aber die Aussicht, daß sie demnächst wiederaufgenommen werden. Maßgebende politische Kreise der Bundesrepublik scheinen keine Bedenken gegen den sowjetzonalen Vorschlag zu haben. Vor allem wäre es wohl übertrieben, damit die Befürchtung zu verbinden, auf diesem Wege könnte die Eigenstaatlichkeit der Zone anerkannt werden, da es sich doch nur um Abmachungen zwischen zwei Bündnen handelt. Der Vorschlag des Zonen-Fußballbundes bietet sogar insofern einen Vorteil, als man bei seiner Verwirklichung auf jeden Fall zu einem Endspiel um die Deutsche Meisterschaft zwischen einem westdeutschen und einem ostzonalen Verein kommt, während bei den Gruppenspielen mit der Möglichkeit zu rechnen wäre, daß am Endspiel nur zwei westliche Vereine teilnehmen.



BILDER DER WOCHE. Oben: Erste Aufnahme von: „Vertiplan“. Er wurde jetzt für die amerikanische Armee entwickelt und kann vertikal starten und landen. — Unten: Die südlichste Kirche der Erde steht in McMurdo Sound in der Antarktis. Auch für die dort stationierten amerikanischen Soldaten wurden Weihnachtsgeschenke überbracht.

